

Vossische



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurzettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein, Chefredaktion: Georg Bernward, Verantw. Redakteur (im Ausw.) H. Handmann, Carl Misch, Berlin, Trower. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW68, Köpcke-Str. 22-26

Veransch. Zentral-Druckerei, Ant. Döhnal 300-305, zur Postverkehrs-Abt. Döhnal 300-305. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 60.

Billjudfski gewählt — lehnt aber ab Briand gegen die Linke?

Zuspitzung in Paris

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

Paris, 31. Mai

Die durch die neue schwere Erklärung der Währung ausgeübte politische parlamentarische Rolle hat sich überraschend schnell umgekehrt. Die Erklärung, mit der das Kabinett Briand am Sonntag über den Kopf des Parlamentes hinweg in die Öffentlichkeit getreten ist, hat den Konflikt, zu dem es in der Kammerung vom Donnerstag zwischen ihm und der Mehrheit der Kartellpartei gekommen war, außerordentlich verschärft.

Briand hat offenbar geglaubt, durch die Proklamierung des für morgen angekündigten neuen Interpellations oder keine Finanzpolitik auszuweichen und so der Opposition den Wind aus den Segeln nehmen zu können. Er hat damit den Gegenstand erreicht. Sein „Sanierungs-Programm“ hat sich zu beruhigen Delins Feuer ergossen und die unangenehme Erregung, die es in den Kreisen der Linken ausgehört hat, läßt für die morgige Kammerung nicht nur neue schwere Zusammenstöße, sondern unter Umständen Entscheidungen erwarten, die der innenpolitischen Entwicklung Frankreichs eine neue Wiegung geben können.

In dem fast dem Beginn der Legislaturperiode geführten Kampf um die Kontrolle von Finanzen und Währung hat sich die Linie noch unmerklich längerem förmlich zu entscheidender Stellungnahme aufgeklärt. Sie hat jetzt, durch den letzten schweren Einbruch des Franken, die definitive Note von den bisherigen Methoden dilatorischer Kurspolitik gefordert und die Regierung zur Annahme und Durchführung eines Programms durchzudringen und wirksamer Maßnahmen zu drängen versucht.

Briand hat am Donnerstag mit seiner Weigerung, ein Finanzdebatte anzuführen, einer Entscheidung zunächst entgegenzutreten versucht und sich hinsichtlich der Rechte nachstehenden Finanzminister Petet auf den entgegengesetzten Weg drängen lassen. Die Erklärung vom Sonntag ist eine unweibliche Kampfanzeige an die Linke, denn sie sagt klar und klar, daß die Steuerung sich die finanzpolitischen und währungsrechtlichen Kompetenzen der von den Sozialpartei repräsentierten Opposition zuwenden gemäß hat. Sie lehnt nicht nur die von einem großen Teil der Sozialisten, der Sozialisten zusammen mit den Sozialisten verlangte sofortige Eröffnung der Einkommensteuer ebenso wie den Zugriff auf das Vermögen ab, sie lehnt im Gegenteil sogar die sehr begriffswürdigen Modifikation der durch die laufende Verlesung der letzten Jahre außerordentlich durch-

geführte gewordene Steuerrechte einen Abbau der Steuerlasten an, und gibt demnach unangehörig zu erkennen, daß Briand für die von der Rechten vertretenen verhängnisvollen Ziele „ja-sage-aller“ optiert hat.

Das sogenannte Sanierungsprogramm, dessen Grundlinien die Erklärung vom Sonntag angibt, bekennt sich zu der von Briand und von den anderen Sozialführern der Reaktion seit einem verfallenen Theorie, daß der Franken nur durch „Wiederherstellung des Vertrauens“ gerettet werden und die Währungsreform nur durch Abbau aller die Freiheit des Kapitals einschränkenden Verordnungsmaßnahmen geschaffen werden kann. Die Wiederherstellung der vollen Freiheiten des Kapitals wird dann nicht ausdrücklich als eine der ersten der von der Regierung angelegten Ziele bezeichnet.

Das Kabinett Briand hat sich damit zu einem Experiment drängen lassen, das in der augenblicklichen Situation doppelt gefährlich ist und für den Franken von verhängnisvollen Folgen werden kann.

Die Parteien der Linken werden nach ihrer eigenen Betätigung ihm auf diesem Wege nicht folgen können. In der morgigen Kammerung dürfte Briand eine Mehrheit, ähnlich wie er sie am Donnerstag gehabt hat, geistlos sein, und die Rechtepresse triumphiert bereits über den empfindlichen Bruch zwischen der Regierung und der Linken, der für absehbar Zeit das Ende aller Kartellpolitik bedeuten würde. Die Zurückhaltung, die im Lager der Linken fehlenden Blätter sich heute anerkennen, läßt jedoch darauf schließen, daß man hier die Hoffnung auf ein Kompromiß noch keineswegs aufgegeben hat.

Die von dem Abgeordneten Reinken geführte Sozialistische republikanische Partei hat sich mit den rechtsstehenden Sozialisten verschlossen. Bei dem Bontent, das zur Feier der Vereingung stattfand, hielt Reinken eine Rede, in der er den Erfolg des Kabinetts Briand in der Marktwirtschaft feierte und die Tätigkeit des Reichshofes Reinken sowie des Abgeordneten Waller, der seine Beziehungen zu Spanien in den Dienst der Sache stellen, ablehnte. Waller selbst, der als Gast anwesend war, erwiderte, daß er sich nicht an der Rede beteiligen werde, solange die Wiederherstellung der Realitäten der vier Parteien, mit denen Verzicht seine Regierung, nicht die Vereingung aller demokratischen Kräfte mehr denn je notwendig ist.

Warschau, 31. Mai
Die Nationalversammlung in Warschau, die aus dem Sejm und dem Senat zusammengesetzt ist, hat den Marschall Josef Pilsudski mit 292 Stimmen im ersten Wahlgang zum Staatspräsidenten gewählt. Auf den Kandidaten der vereinigten Rechten, den Grafen Smolki, entfielen 193 Stimmen. 61 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung.

Mit der Wahlhandlung haben alle Gruppen des Parlamentes teilgenommen. Die Absicht, durch Fernbleiben von der Wahl gegen Pilsudski zu demonstrieren, wurde nicht aufrechterhalten. Schließlich haben auch die monarchistischen Christlich-Nationalen, deren Führer bis zuletzt in dem oppositionellen Lager saßen, ihre Beteiligung beschlossen. Die drei Reichsparteien hatten zunächst dem Vorsitzenden der nationalen Fraktion Gliminski als Präsidentenwahlkandidaten aufgestellt. In der Nacht vor der Wahl wurde dieser Beschluß umgewandelt und an den früheren Staatsminister von Galizien, Wolanin, übertragen, der seiner Partei angehört und, wie man glaubt, auch für Pilsudski annehmbar gewesen wäre. Wolanin hat jedoch abgelehnt, und so vertriehen die Rechtsparteien ihre Stimmen auf den polnischen Abgeordneten, Grafen Smolki. Der hier jetzt die Ministerialregierung nach nicht anerkannt hat und deshalb der große Mann der polnischen Separatisten ist. Für Pilsudski stimmten die Nationaldemokraten, die Christlich-Nationalen und ein Teil der Christlichen Demokraten.

Für den Marschall stimmte die gesamte Linke mit Ausnahme der Kommunisten, die Vertreter der Minderheiten, darunter vornehmlich die deutschen Abgeordneten. Außerdem traten die meisten Abgeordneten der Mitte-Partei für Pilsudski ein, dessen Popularität ist im ganzen Lande in den letzten Wochen noch gewachsen ist.

Das Wahlergebnis wurde von der Linken mit Befriedigung und Aufregung und die Rechte erhielt sich jeder Kundgebung. Es schloßen nur 8 Abgeordnete, darunter von bekannten Wätern. Die Erlebnisse waren fast durchgehend von ins und ausländischen Pressekreisen bezeugt. Pilsudski selber war nicht anwesend. Vor der Abstimmung verleschen die Sozialisten eine Erklärung abzugeben, was vom Versprechen auf Grund der Geschäftsführung verhindert wurde. Die zweite Sitzung der Nationalversammlung, in der die Vereingung des Präsidents ein stattzufinden hat, ist noch nicht angefangen worden.

Pilsudskis Ablehnung

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

Warschau, 31. Mai

Während an den Straßen feindliche Kundgebungen Pilsudskifreier Organisationen stattfinden, hat Pilsudski seinen die Annahme der Wahl zum Präsidenten abgelehnt. Natas und der Ministerpräsident Bartel verweigern, Pilsudski zur Auserberung seiner Entscheidung zu veranlassen. Er erklärte sich jedoch als definitiv und unrücknehmlich. Er sei dankbar für die Ehre der Wahl und für die dadurch erfolgte Segnung, er werde aber seinen Widerstand gegen die Wählerregierung, er könne aber die Wahl nicht annehmen, da er nicht einstimig gewählt worden sei, also nicht das Vertrauen aller Kreise gewonnen habe. Außerdem sei der Präsident durch die Verfassung an rascher und positiver Arbeit zu binden, daß diese seiner aktiven Natur widerstrebe. Natas willte dafür einen Mann mit ruhigem Charakter wählen. Er selbst schlägt den ehemaligen Professor der Chemie und Direktor der Giftstoffwerke von Chorzow, Ignaz Moscicki, oder den Wiener Professor Jozefowski vor. Die Sejm-Parteien beraten augenblicklich über die Situation. Morgen ist eine Nationalversammlung zur Präsidentenwahl.

Warschau, 31. Mai. (W. T. A.)

Sein Marschall Natas erklärte in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Bartel um 12 1/2 Uhr vor Vertretern der politischen Presse, daß Marschall Pilsudski die Wahl zum Staatspräsidenten nicht annehme. Sein Beschluß, so erklärte Natas, ist unumkehrbar. Infolgedessen hat Sejmarschall Natas für morgen 30 Uhr die Nationalversammlung wiederum einzuberufen, um die Wahl des neuen Staatspräsidenten vorzunehmen.

Der Wunsch Pilsudskis hat in politischen Kreisen eine unbehagliche Bewegung hervorgerufen. Die Folgen der Entscheidung des Marschall Pilsudski lassen sich zurzeit noch nicht in ihrem ganzen Umfang übersehen.

Pilsudski erklärte, in den Giffen des Wahlergebnisses komme für seine Auflösung nicht hindurch der Wille zur Überberung zum Ausdruck, denn er von dem Sejm als Voraussetzung für die Annahme einer Wahl gefordert habe.

Die von ihm vorgeschlagenen beiden Kandidaten sind beide Sozialdemokraten von Ruf. Prof. Wajcidi ist Chemiker und wirkte als Soldat in Lemberg; er arbeitete zurzeit dem Vorstand des Schiffbauwerkes Chorzow an. Der zweite Kandidat, Jozefowski, ist Mitglied der Pilsudski in Polen und wurde von dem Sejm in gleicher Ehrenhaft in Krakau. Er ist ein sehr renommierter des früheren Finanzministers gleichen Namens und genießt als Rechtsphilosoph, insbesondere wegen seiner Bücher über die Rechtsauffassungen des Weltens und diejenige Aufklärung in Polen einen großen Ruf.

Demission der litauischen Regierung

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

Wilna, 31. Mai

Infolge der erlittenen Niederlage des Reichstages hat den jüngsten Sejmwochen in Litauen demissioniert heute das Kabinett Birutas. Es wird jetzt von dem Sozialistischen Stejzalgis eine demokratisch-sozialistische Regierung gebildet werden.

Pilsudskis Programmklärung

Warschau, 31. Mai

Pilsudski selbst, der sich in den letzten Tagen harte Zurückhaltung auferlegt hat, hat gestern vor Vertretern der Rechten und der Linken des Parlamentes im Hause des Ministerpräsidenten Bartel programmatische Erklärungen abgegeben, in denen er erklärte, daß er ein überzeugter Demokrat sei und bleibe. Mit um größerer Schärfe betriebe der Mann Entschlossen dem von den herrschenden Parteien getriebenen Vertriebskrieg und das Überwinden der tiefsten Einflüsse auf das Parlament. Er erklärte weiterhin:

Die Verhältnisse in Polen haben sich bereit entwickelt, daß es für eine Nationalversammlung gar nicht hätte zu tun lassen brauchen. Ich werde meine Druck ausüben, aber ich würde Sejm und Senat wählen keine Parteimann zum Kandidaten. Somit könnte ich Sejm und Senat, die im Lande fehlgehenden Einrichtungen, vor der Stille nicht schämen. Ich werde es zu verhindern wissen, daß in Polen ein Mann unter dem Terror von Schwärzen regiert; denn ich habe den Sejm, den Senat, Abgeordnete und die Presse erklärt. Sejm und Senat haben ein Übergeordnet an Pilsudskis — ich will nicht ausruhen, um den Regierenden Gelegenheit zu geben zu arbeiten, was sie können. Was mich betrifft, so mach mit meiner Kandidatur, was ich will. Er könnte wählen, was ich will. Jedoch sucht einen würdigen Vertreter. Wenn dann der Präsident ernannt ist, so wird es gut sein, wenn die Herren auf eine gewisse Zeit anstandslos abtreten. Man muß dem Präsidenten die Freiheit